



economiesuisse



Internationaler Handel stärkt nachhaltige Entwicklung

Die nachhaltige Entwicklung ist eine der grössten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Die Wirtschaft ist dabei nicht Problem, sondern Teil der Lösung: Der internationale Handel stärkt die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklung. Schweizer Firmen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Dies zeigt eine umfassende Analyse von economiesuisse.

Es war kein Geringerer als der ehemalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan, welcher die Bedeutung des internationalen Handels für die nachhaltige Entwicklung erkannte: Annan war der festen Überzeugung, die Ursache von Armut und Unterentwicklung sei nicht zu viel, sondern zu wenig Handel. Eine umfassende Analyse von economiesuisse stützt diese Sichtweise. Im jüngsten dossierpolitik werden nicht nur die relevanten Forschungsergebnisse dargelegt, sondern auch der positive Beitrag der Schweizer Firmen zur nachhaltigen Entwicklung im Ausland aufgezeigt.

Nachhaltigkeit ist dreidimensional

Auch die UNO-Nachhaltigkeitsziele verstehen die globale wirtschaftliche Integration als wichtigen Motor zur ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung unseres Planeten. So haben Handel und Investitionen weltweit zu enormen Wohlfahrtsgewinnen geführt, seit 1990 über eine Milliarde Menschen aus der extremen Armut befreit und gleichzeitig die Lebenserwartung in den ärmsten Ländern der Welt um 13 Jahre erhöht.

Offene Märkte, Handel und ausländische Direktinvestitionen stärken aber nicht nur die ökonomische und die soziale Nachhaltigkeitsdimension, sondern haben langfristig auch positive Effekte auf die ökologische Nachhaltigkeit. Eingeführte neue Technologien sowie ein sich änderndes Konsumverhalten führen zu einer ressourcenschonenderen Produktion und stärkerer Nachfrage nach ökologisch nachhaltigen Produkten.

Schweizer Handel und Investitionen stärken Nachhaltigkeit

Schweizer Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung auf der Welt und zur Erreichung der UNO-Nachhaltigkeitsziele. Ihre Produkte und Dienstleistungen sind innovativ und hochwertig. Sie exportieren aber nicht nur ihre Produkte, sondern auch ihre vergleichsweise hohen Nachhaltigkeitsstandards. Dies geschieht insbesondere über Schweizer Direktinvestitionen im Ausland.

Ein möglichst offener Zugang zu den Weltmärkten ist deshalb nicht nur für Schweizer Firmen, sondern auch für die nachhaltige Entwicklung von grosser Bedeutung. Aber: Die Erfolgchancen für eine nachhaltige Entwicklung hängen auch wesentlich von der Ausgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Institutionen im jeweiligen Land ab. Entsprechende Reformen im institutionellen Bereich müssen von innen kommen, das heisst, sie müssen von den Menschen und Entscheidungsträgern im Land politisch angestrebt und eingefordert werden.

Kohärente Politikinstrumente

Handel und Freihandelsabkommen allein schaffen noch kein Gleichgewicht im Nachhaltigkeitsdreieck. Handelsgewinne können und sollen aber genutzt werden, um die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Wirtschaft, Umwelt und Soziales) zu stärken und diese besser in Einklang zu bringen. Zur Förderung der Nachhaltigkeit braucht es daher ganzheitliche Lösungen und eine starke Einbindung der Wirtschaft als Schlüsselakteurin hin zu mehr Nachhaltigkeit.

UVI gefährdet nachhaltige Entwicklung

Am 29. November stimmt die Schweiz über die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI) ab. Die extreme Initiative fordert weltweit einmalige Haftungsregeln für alle Schweizer Unternehmen. Künftig sollen diese nicht nur für Verfehlungen von ausländischen Tochterfirmen, sondern selbst von eigenständigen Lieferanten im Ausland haften. Durch die neuen, unberechenbaren Haftungsrisiken können sich Schweizer Unternehmen gezwungen sehen, sich aus Entwicklungsländern zurückzuziehen oder sich von lokalen Produzenten zu trennen, wenn diese ein potenzielles Haftungsrisiko darstellen. Die UVI ist daher auch aus entwicklungspolitischer Sicht klar abzulehnen. Bei einer Ablehnung tritt automatisch der umsetzbare, international abgestimmte Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft.

Hier geht's zum dossierpolitik